

## DIE FORTWÄHRENDE BEDEUTUNG VON STAAT UND STAATENSYSTEM IM GLOBALEN KAPITALISMUS

*Tobias ten Brink*

Mit dem Ende des Kalten Krieges verbanden sich große Hoffnungen auf ein Zeitalter des Friedens und Wohlstandes. Mit der zunehmenden Transnationalisierung der Weltwirtschaft sowie dem Wegfall des Ost-West-Konfliktes sollte die „neue“ Weltordnung perspektivisch ein harmonisches, friedfertiges und demokratischeres Gesicht erhalten. Wie der vorliegende Sammelband herausstellt, weisen diese bis vor kurzem in der Globalisierungsdebatte untermauerten Erwartungen erhebliche Mängel auf. Dabei werden sowohl verschiedene theoretische Zugänge zur Analyse des internationalen Systems vorgelegt, die sich in der Untersuchung wirtschaftlicher, politischer und weiterer inter-gesellschaftlicher Entwicklungstendenzen und Rivalitäten als hilfreich erweisen, als auch relevante Konfliktfelder der Gegenwart empirisch beleuchtet.

Der sich globalisierende Kapitalismus hat eine Zunahme wirtschaftlicher Interdependenzen zur Folge. Allerdings stellt dies nicht automatisch eine Quelle der sozialen Integration dar. Vielmehr sind erhebliche Instabilitäts-, Fragmentierungs- und Krisenmomente zu beobachten. Ebenso werden auf der Ebene des Internationalen Interessen von Einzelstaaten nicht immer komplementär bzw. in enger Übereinkunft mit anderen Staaten formuliert und durchgesetzt. Mitunter münden hier Konkurrenzverhältnisse, die sich in expliziten Konkurrenzstrategien der handelnden Kollektivakteure ausdrücken können, in zwischenstaatlichen Rivalitäten. Das reicht von den Auseinandersetzungen in den Arenen der internationalen politischen Institutionen, über handels- und währungspolitische Konflikte sowie bestimmten, „weichen“ geopolitischen Maßnahmen wie Sanktionen bis hin zu „harten“ geopolitischen Handlungen und Konfrontationen. Letztere präsentieren sich in der Androhung militärischer Gewalt bzw. der Zurschaustellung militärischer Potentiale, die über die globalen Kräfteverhältnisse informieren. Auch wenn es gegenwärtig unwahrscheinlich ist, dass Konflikte zwischen den stärksten Staaten aufgrund innergesellschaftlicher Kräfteverhältnisse, technologischer Zerstörungspotentiale und ökonomischer Interdependenzen in zwischenstaatliche Militärkonflikte eskalieren, sind doch vielschichtige Konkurrenz- und Konfliktformen unterhalb der Schwelle der offenen Gewaltanwendung oder gar dem zwischenstaatlichen Krieg zu beobachten. Diese wurden in der Globalisierungsdebatte voreilig in den Hintergrund gedrängt.

## 1. VON DER (OPTIMISTISCHEN) GLOBALISIERUNGSDEBATTE ...

In den 1990er Jahren hatten innerhalb der Globalisierungsdebatte bestimmte Harmonisierungsthese eine besondere Anziehungskraft entwickelt. Die Auffassung einer potentiellen Pazifizierung des Weltgeschehens prägte nicht nur volkswirtschaftliche Konvergenzvorstellungen der Neoklassik, sondern auch sozialwissenschaftliche Ansätze. Eine mit einer starken Globalisierungsthese verbundene neue Form des Technik- und Fortschrittsglaubens währte die Menschheit auf dem Weg zu einer produktiven Vereinheitlichung, in der auch Differenz und Pluralität ihren Platz haben sollten. Die Globalisierung, so wurde angenommen, führe zum „globalen Dorf“, in eine Weltgesellschaft hinein, einer postmodernen Konstellation jenseits oder zumindest nicht mehr nur in den Grenzen des Nationalstaates.<sup>1</sup>

Doch auch noch etwas später – etwa in den avancierten Kosmopolitisationsthese des Soziologen Ulrich Beck – wurden Potentiale einer „Welt-(risiko)gesellschaft“, vor dem Hintergrund der Annahme einer neuartigen sozialen Schlüssellogik, untersucht. Keine Nation könne ihre Probleme mehr alleine bewältigen, die Globalität der „Zweiten Moderne“ verunmögliche diese Perspektive. Der nationale Blick des „methodologischen Nationalismus“ versperre die Sicht auf neuartige Handlungsmuster. Beck versucht diese Hypothese nicht im Sinne eines idealistischen Utopismus zu referieren, sondern bezeichnet sie als Einsicht der Realpolitik, als kosmopolitischen Realismus: „Weltprobleme schaffen transnationale Gemeinsamkeiten. Wer die nationale Karte zieht, verliert“<sup>2</sup>. Und: „Weil Staaten überleben wollen, müssen sie zusammenarbeiten. [...] Nicht Rivalität, sondern Kooperation maximiert die nationalen Interessen“<sup>3</sup>. Eine imperiale Politik (etwa der amerikanischen Regierung unter Bush) erscheine „nicht nur anti-kosmopolitisch [...], sondern auch anti-ökonomisch“; im Prinzip wachse mit der wirtschaftlichen Globalisierung die „zivilisierende Macht des ‚pazifistischen Kapitalismus‘“<sup>4</sup>.

Alles in allem sei es keinesfalls aussichtslos, den nicht zuletzt durch weltweite Risiken induzierten Kooperationsdruck in eine progressive politische Richtung zu lenken. Allianzen zwischen Kräften der Zivilgesellschaft sowie transnational ausgerichteten Unternehmen könnten zu einer politisch-kulturellen Transformation führen – unter der Voraussetzung, dass die zentralen Akteure einsehen, dass ihren jeweiligen Interessen am besten durch kosmopolitische Regeln gedient ist. Beck versteht den Prozess der europäischen Integration als ein Experiment für eine in diese Richtung weisende Vision.<sup>5</sup>

Auch in der politikwissenschaftlichen Disziplin der *Internationalen Beziehungen* (IB) wurde, zum Beispiel in liberalen und neoinstitutionalistischen Ansät-

1 Vgl. Albrow 1998; Ohmae 1995; Rosecrance 2001.

2 Beck 2007, S. 368.

3 Beck 2004, S. 265.

4 Beck 2003, S. 238–239.

5 Beck 2004, S. 245–247. Der Versuch, an dieser Stelle einige Ansätze idealtypisch darzustellen, gelingt freilich nur auf Kosten ihrer Komplexität.

zen, davon ausgegangen, dass ein Prozess der Verrechtlichung internationaler Beziehungen eine kooperative Regulierung der Weltprobleme ermögliche. Aufgrund neuartiger komplexer Interdependenzen entwickeln die Staaten eine höhere Sensitivität füreinander – woraus die Notwendigkeit entstünde, auch aus rationalen Eigeninteressen heraus, ein größeres Maß an internationaler Steuerung gemeinsam durchzusetzen. Ein grundlegender Wandel moderner Staatlichkeit sei erkennbar: Gab es in der überkommenen „nationalen“ Konstellation meist nationale Problemlagen, so transnationalisieren sich diese heute; wurden die nationalen Problemlagen in der Vergangenheit konsequenterweise durch nationalstaatliches Regieren angegangen, so supranationalisiert sich das Regieren derzeit; bezog der Staat seine Legitimität ehemals vorwiegend intern durch die nationale Gesellschaft, so transnationalisieren sich momentan Legitimierungsprozesse.<sup>6</sup> Dieser Prozess sei im historischen Vergleich „ähnlich grundlegend [...] wie der Übergang von der Feudalordnung zum System der territorial definierten Nationalstaaten“.<sup>7</sup> Ein gemeinsames Interesse an Problemlösungen werde dabei immer mehr zum bestimmenden Faktor der Weltpolitik in ihrer „postnationalen“ Phase.

Insgesamt tendierten viele der Argumentationsmuster dieses optimistischen „liberalen Postnationalismus“<sup>8</sup> dazu, von einem langfristigen Versiegen der Quellen internationaler, mit staatlicher Gewalt verbundener Konflikte auszugehen. Zeitgenössische geopolitische Phänomene und Militärinterventionen starker Staaten wurden vorwiegend als Antworten auf „äußere“, den liberalen Kapitalismus bedrohende, archaische Verhaltensweisen bzw. als Ausdruck irrationaler Hegemonievorstellungen angesehen.

Es stellte sich jedoch die Frage, weshalb sich die Vorstellung einer mit vermeintlich erdrückender Beweislast begründeten globalen Integration und der hiermit ermöglichten Harmonisierung der Weltgesellschaft kaum realisiert. Verdeutlichte dies nicht vielmehr eine Neigung in der Globalisierungsdebatte, einzelne Trends zu überzeichnen oder sie zum nicht aufzuhaltenden Übergang zu erklären, parallel hierzu jedoch gegenläufige Tendenzen gering zu schätzen? Zweifellos sind erhebliche Veränderungsprozesse auf inter- und transnationaler Ebene nachzuweisen. Es besteht insofern die Herausforderung der Entwicklung eines analytischen Instrumentariums, das globalen Zusammenhängen sowie den komplexen Beziehungen zwischen gesellschaftlichen Realitäten und normativen Dimensionen Rechnung trägt.<sup>9</sup> Nicht erst die Weltwirtschaftskrise 2008/2009 hat allerdings verdeutlicht, dass dabei den paradoxalen Verläufen der umkämpft-vermachteten Globalisierungsprozesse mehr Beachtung geschenkt werden sollte.<sup>10</sup>

6 Vgl. Zürn/Zangl 2003, S. 149–171; vgl. Held/McGrew 2002; Kohler-Koch 1998; Meyer et al. 1997; zu konstruktivistischen Zugängen: Wendt 2003.

7 Zürn 2002, S. 215.

8 Müller 2009, S. 221.

9 Vgl. etwa das Symposium „Internationale Politische Theorie“ in der *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* (17, H. 2, 2010).

10 Im Anschluss an den postnationalen Liberalismus lässt sich mit einiger Gewissheit sagen, dass viele der weltweiten Konflikte und Risiken sich nur kosmopolitisch lösen ließen. Wie an den Ausführungen der Beiträge dieses Bandes deutlich werden dürfte, ist jedoch eine Reali-

Die Thesen etwa des kosmopolitischen Realismus erscheinen aus diesem Grund voreilig. Es sollte nicht vom Fakt der Kosmopolitisierung auf der einen und ihren „nationalistischen Gegnern“ auf der anderen Seite gesprochen werden, die gewissermaßen anachronistischen normativen Orientierungen anhängen. Gerade die transnational agierenden Unternehmen profitieren schließlich von der politischen Fragmentierung des Raums und von der Ungleichheit der sozio-ökonomischen Entwicklung – etwa von ungleichen Arbeitsregimen. Ebenso setzt die Tatsache, dass es ein gewachsenes globales Problembewusstsein über die Klimakatastrophe gibt, noch nicht die institutionalisierten Handlungszwänge von Akteuren unter kapitalistischen Imperativen außer Kraft: Ist nicht eine paradoxe Folge dieses Problembewusstseins, dass eben nicht nur Kooperation entsteht, sondern dass die Risiken im Rahmen von zwischenstaatlichen Konkurrenzbeziehungen den jeweils anderen aufgebürdet werden sollen?

Ebenso ist die These einer Erosion des Nationalstaates bzw. des Staatsinterventionismus anfechtbar. Einige AutorInnen in der Globalisierungsdebatte setzten einen Typus der Wirtschaft voraus, wie er sich in den Lehrbüchern der neoklassischen Ökonomie findet, in der vollkommene Konkurrenz herrscht und der Kapitalismus im Wesentlichen auf ein Warenaustauschsystem reduziert wird. Politische Institutionen, nationale Einheiten usw. stellen diesen Modellen zufolge etwas dem globalen Kapitalismus „äußerliches“ dar.<sup>11</sup> Kapitalistische Wirtschaftssysteme sind jedoch zu ihrer Reproduktion auf „nicht-ökonomische“ Institutionen angewiesen. Dazu gehört insbesondere der moderne Staat. Historisch betrachtet konnte eine gelingende Kapitalakkumulation ohne eine relativ unabhängige politische Instanz, die das Gewaltmonopol innehat, über einen längeren Zeitraum schwerlich realisiert werden. Der Staat ist zwar keine homogene Einheit, versucht jedoch gleichwohl eine Reihe von sozialen, rechtlichen und infrastrukturellen Integrations- und Anpassungsleistungen zu garantieren, die die Aufrechterhaltung bzw. Reproduktion kapitalistischer Vergesellschaftung allererst ermöglichen (zum Beispiel Vertragsverhältnisse, Infrastrukturmaßnahmen, Ausbildungssektor). Wirtschaft und Politik bilden derart ein Regulierungsgeflecht, welches durch wechselseitige Abhängigkeiten gekennzeichnet ist: Staatliches Handeln spielt bei der Gestaltung wirtschaftlicher Vorgänge eine konstitutive Rolle. Doch nicht nur die Unternehmen sind abhängig von den jeweiligen politischen Apparaten, umgekehrt hängt die Existenz des Staates nicht zuletzt von den erfolgreichen ökonomischen

sierung dieser Ansprüche innerhalb des gegenwärtigen, fragilen Weltsystems nicht einfach umsetzbar. Die kosmopolitische Weltgesellschaft – die Vision der Harmonisierung des globalen Konkurrenzkapitalismus und die Vorstellung der Möglichkeit eines auf Vernunft basierenden universellen Konsenses – besteht vor allem als Suchbegriff. Dies muss gegen normative Vernunftgebote betont werden, die solange nicht unergiebig sind, wie damit die analytische Vermischung von empirischer Darstellung, Analyse von Entwicklungstendenzen und normativer Stellungnahme verhindert wird. Siehe auch *Brunkhorst 2010*.

11 Die Argumentation erinnert insofern auch an einen berühmten Aufsatz Schumpeters – „Zur Soziologie der Imperialismen“ (*Schumpeter 1953*) –, in dem die volle Entfaltung des Kapitalismus die Staatenkonkurrenz obsolet werden lässt und Formen des Imperialismus als „Atavismus“, als historisches Überbleibsel, gelten.

Anstrengungen auf dem nationalen Hoheitsgebiet ab.<sup>12</sup> Welthistorisch hat sich auf diese Weise ein globales Geflecht sich unterscheidender, aber miteinander verbundener und durch ständige Differenzierungs- und Anpassungsprozesse gekennzeichneter „politischer“ Ökonomien bzw. unterschiedlicher Spielarten des Kapitalismus herausgebildet. Der moderne Staat unterliegt in der historischen Entwicklung unzweifelhaft signifikanten Veränderungen, er löst sich jedoch nicht auf.

Wie der nächste Abschnitt zeigt, werden den bereits genannten Einwänden in der jüngsten Vergangenheit eine Reihe weiterer Punkte hinzugefügt. Unter dem Eindruck des „Kriegs gegen den Terrorismus“, aber auch einer selektiven Friedenssicherung im Rahmen der Vereinten Nationen, der Krisen der EU oder der Welthandelsorganisation, sowie schließlich der globalen Rezession 2008/2009, den daran anschließenden, fast ausschließlich national ausgerichteten Krisenlösungsstrategien oder dem Aufstieg Chinas und zahlreicher Schwellenländer, sind eine Reihe wichtiger Debatten angestoßen worden. Dabei wird an eine lange Tradition von stärker konfliktorientierten Ansätzen angeschlossen.

## 2. ... ZU (NEUEN) KONFLIKTORIENTIERTEN THEORIEN UND DISKURSEN

Bis vor kurzem wurden die optimistischen Globalisierungstheorien im politikwissenschaftlichen IB-Diskurs hauptsächlich von (neo-)realistischen Argumentationen grundlegend bestritten. In dieser Perspektive werden die zuversichtlichen Aussichten einer Global Governance verneint und erhebliche Rivalitäten zwischen den Großmächten und zwischenstaatliche Konflikte bis hin zu Kriegen antizipiert.<sup>13</sup> Aber auch in der Soziologie argumentierten etwa neo- und post-weberianische Ansätze seit längerem mit guten Gründen dafür, der Rolle von Nationalstaat und Staatensystem, von wirtschaftlichen, kulturellen und ideologischen Verwerfungen Rechnung zu tragen. So zielt die Historische Soziologie als Reaktion auf eine unzulässige Vernachlässigung des Staates in der soziologischen Theoriebildung auf eine Theoretisierung des Nationalstaates, der Staatenkonkurrenz und des Militärischen.<sup>14</sup>

In jüngerer Zeit sind ebenfalls in verschiedenen IB-Ansätzen bedeutsame Modifizierungen vorgenommen worden. Die für die „deutschen“ IB charakteristische, konstruktivistisch untermauerte normative Kritik am Neorealismus erschien beispielsweise zunehmend als unzulänglich. Der Vorwurf, dass eine Theorie „einseitig“ oder „unterkomplex“ ist, beantwortet noch nicht die Frage, ob sie nicht dennoch wesentliche Aspekte der Wirklichkeit thematisiert. Um nur einige Beispiele dieser Umorientierung zu nennen: Wolf bezeichnete im Jahr 2004 die machtpolitische Wende in der Außenpolitik besonders der USA als theoretische

12 Vgl. *Block* 1994; *Jessop* 2007; *Mackert* 2006; *Schimank* 2009; *Wissel/Wöhl* 2008.

13 *Layne* 2006; *Masala* 2006; *Mearsheimer* 2003.

14 *Hall/Schroeder* 2006; *Hobdon/Hobson* 2002; *Hobson/Sherman* 2005; *Joas/Knöbl* 2008; *Mann* 1997, 1998, 2003.

Leerstelle, weil diese „augenscheinlich kaum zu den theoriegeleiteten Erwartungen“ vieler AutorInnen passe.<sup>15</sup> In diesem Zusammenhang sprach Zürn von der „Re-Realisierung“ der internationalen Politik, und warnte davor, die „machtpolitischen Grenzen“ der institutionalistischen und liberalen Theorien zu übersehen.<sup>16</sup> AutorInnen behandelten nun verstärkt Aspekte einer „fragmentierten“ Weltgesellschaft sowie der imperialen Ordnungspolitik und thematisierten Unzulänglichkeiten etwa bezüglich der These der Entstaatlichung.<sup>17</sup> Auch wenn die Nationalstaaten einem Transformationsprozess unterliegen, versuchen sie weiterhin, die Herstellung gesellschaftlicher Integration sowie den Machterhalt unter Beibehaltung des Gewaltmonopols zu garantieren, auf der Ebene des Inter- und Transnationalen im Rahmen ihres wirtschafts- und sicherheitspolitischen Aktionsradius.

Andere AutorInnen problematisieren die Verbindung von Argumenten des alten „republikanischen“ Liberalismus in der Tradition Kants („Frieden durch Demokratisierung“) mit denen des „Handelsliberalismus“ („Frieden durch Handel“): Eine kritische Auseinandersetzung mit der Figur des „Friedensdreiecks“ – Demokratie, Interdependenz und internationale Organisationen – offenbart, dass jene drei Variablen, die bislang vorwiegend als eine sich selbst verstärkende Konstellation „zivilisierender“<sup>18</sup> Kräfte verstanden worden waren, auch Konflikte generieren und Gewalt befördern können („demokratischer Krieg“).<sup>19</sup> Ergänzt wird dieser Sachverhalt um die faktische Aushöhlung demokratischer Standards und die Verlagerung von Entscheidungsgewalt an exekutive nationale, teilweise inter- oder supranationalisierte Apparate. Weniger die Entscheidungsbefugnisse der Einzelstaaten als solche, als die in ihr existierenden demokratischen Mechanismen werden geschliffen.<sup>20</sup>

Eine ähnliche Entwicklung hat sich in Ansätzen der *Vergleichenden Politischen Ökonomie* (VPÖ) und der *Internationalen Politischen Ökonomie* (IPÖ)

15 Wolf 2004, S. 315.

16 Zürn 2003, S. 34–35.

17 Vgl. Brock 2007; Geis 2006; Müller 2006, 2009; Rosenberg 2005; Schweitzer/Aust/Schlotter 2004.

18 Wie AutorInnen verdeutlichen, kann der Begriff der Zivilisierung den Eindruck erwecken, dass negative Seiten von Entwicklungsprozessen und „Ambivalenzen der Moderne“ vorwiegend als Gegensatz zur Moderne dargestellt werden. Dagegen scheint es angemessener zu sein, strukturelle und direkte Gewalt selbst als Bestandteil und nicht lediglich als Gegenpol zum Zivilisationsprozess zu begreifen (vgl. Colás 2005; Imbusch 2005; Offe 1996). Wie Senghaas in dem seit den 1980ern entwickelten normativ-friedenspolitischen Ansatz des „zivilisatorischen Hexagons“ schreibt – seine Bausteine zur Erreichung pazifizierter Verhältnisse sind Rechtsstaatlichkeit, demokratische Partizipation, Gewaltmonopol, soziale Gerechtigkeit, Interdependenzen und Affektkontrolle sowie politische Konfliktkultur –, ist dieses Ziel über jedes seiner „Eckpunkte“ gefährdet: „Das Gewaltmonopol [...] kann in einen Polizeistaat umkippen; die Rechtsstaatlichkeit und demokratischen Prozesse können sich als reine Fassade herausstellen und an Legitimität verlieren; überwältigende Interdependenzen können zu Identitätsverlust und in der Folge zur erneuten Freisetzung von Affekten führen; Verteilungsgerechtigkeit ist eine ständige Gefahr. Wenn solche abträglichen Sachverhalte sich bündeln, hat auch konstruktive Konfliktkultur keine Chance“ (Senghaas 1995, S. 204–205).

19 Brock 2006.

20 Gritsch 2005; Grieco/Ikenberry 2003.

vollzogen. Mit dem Augenmerk auf die spannungsreichen Verlaufsformen des sich globalisierenden Kapitalismus und die Interaktionen verschiedener Kapitalismen begründen VertreterInnen der VPÖ sowie der Wirtschaftssoziologie, dass der Transnationalisierung der Weltwirtschaft keine Harmonisierung entspricht.<sup>21</sup> Dies unterstreicht, dass sich ein ökonomistischer Kurzschluss verbietet, dem zufolge der wirtschaftliche Transnationalisierungsschub unweigerlich in supranationale politische Anpassungen mündet. Unter Bezug auf einige Klassiker der Kapitalismustheorie wie Marx, Keynes, Luxemburg und Polanyi schreibt Streeck: „Conceiving of capitalism as a more or less integrated global system must not, of course, be taken to imply an equally integrated global regime of economic governance, let alone of political government. This would amount to another functionalist fallacy, as there is no reason to believe that, where market relations spread, they are automatically followed by institutions regulating them, even though their long-term stability would depend on this“.<sup>22</sup>

Konstatieren wichtige IPÖ-Theorien vor dem Hintergrund der These einer „neoliberalen“ Wende des Weltsystems bis vor wenigen Jahren eine dramatische Erosion von staatlichen Steuerungsfähigkeiten – AutorInnen legten dem die Annahme der Entstehung einer transnationalen Managerklasse oder gar die Hypothese eines „glatten“ Raums der Machtausübung, eines „Empire“, zugrunde<sup>23</sup> – werden nun vermehrt die staatlich gesetzten Rahmenbedingungen des wirtschaftlichen Verkehrs sowie sicherheitspolitische Fragestellungen thematisiert.<sup>24</sup> Ebenso hat die Debatte um die globale Wirtschaftskrise 2008/2009 Fragen nach der anarchischen Struktur der Weltwirtschaft und nach der Übersetzung ökonomischer in zwischenstaatliche Rivalitäten aufgeworfen.<sup>25</sup> Im Rahmen einer Debatte um den „neuen Imperialismus“ der Bush-Regierung kam es an den kritischen Rändern der Gesellschaftswissenschaften und der Geographie ferner zur Wiederaufnahme und Weiterentwicklung älterer imperialismus- und weltstheoretischer Ansätze. Die Außenpolitik „kapitalistischer“ Staaten wird dabei als Versuch der Kontrolle von und die Einflussnahme in Räumen bewertet – auch und gerade dann, wenn keine direkte territoriale Kontrolle über diese vorliegt. Einem instrumentellen Staatsverständnis wird durch eine Unterscheidung kapitalistisch/ökonomischer und territorialer/geopolitischer Machtlogiken entgegengutreten versucht.<sup>26</sup>

Die zunehmende Bedeutung von internationalen politischen Institutionen deuten AutorInnen dem zufolge als Versuch des Managements und der Absicherung widersprüchlicher gesellschaftlicher Verhältnisse. Die inter- und supranationalen Organisationen sind nicht einfach nur Resultat einer gewachsenen Interdependenz und damit eines Interesses an Kooperation, sondern verkörpern auch und gerade

21 Vgl. Brenner 2006; Coates 2005; Deutschmann 2008; Dieter 2005; Glyn 2006; Overbeek 2009; ten Brink 2008.

22 Streeck 2010, S. 39.

23 Cox/Schechter 2002; Hardt/Negri 2002; Strange 1996.

24 Bieling 2007; Möller 2011.

25 Langhammer 2009; van Scherpenberg 2009; Boris/Schmalz 2009.

26 Vgl. Altwater 2007; Arrighi 2008; Callinicos 2009; Chibber 2004; Gindin/Panitch 2004; Harvey 2005, 2010; Hirsch 2005; Hung 2009; Smith 2005.

den Versuch vieler, nicht immer im Einklang operierender Kollektivakteure, der seit den 1970ern erhöhten sozio-ökonomischen und (später auch) geopolitischen Instabilität entgegenzutreten. Die in den Einzelstaaten unterschiedlich akzentuierten Krisenlösungsstrategien zum Zwecke der allgemeinen Verbesserung der Bedingungen der Kapitalverwertung münden in einer umkämpften Transformation der Staatlichkeit auf internationaler Ebene und in Rivalitäten auf der Ebene der internationalen Institutionen.<sup>27</sup> Die Ebene des Inter- und Transnationalen konstituiert ein Geflecht sozialer Beziehungen spezifischen Charakters, auf der andere Handlungsrationalitäten als innerhalb der relativ stabilen westlichen Gesellschaften herrschen. Die vergleichsweise gesteigerte Bedeutung der Dimension von Hierarchie und Unsicherheit unterstreicht die These, der zufolge inter- und transnationale Dynamiken spannungsreiche Prozesse ohne steuerndes Zentrum bleiben.<sup>28</sup>

### 3. GLIEDERUNG DES SAMMELBANDES

Dieser Sammelband führt insofern eine lebendige Diskussion weiter. Die in ihm enthaltenen Ansätze argumentieren auf die eine oder andere Weise gegen eine harmonisierende Lesart der Effekte der kapitalistisch dominierten Globalisierungs- und Modernisierungsprozesse. Wie die Beiträge veranschaulichen, korrespondieren einander ähnelnde *Beschreibungen* allerdings nicht mit einer einheitlichen *Begründung*. Im Gegenteil existiert eine Vielzahl theoretischer Perspektiven, die zusätzlich theorieinterne Kritiken und Weiterentwicklungen beinhalten.

Im *ersten*, theoretischen Teil des Buches werden Ansätze vorgestellt, die der internationalen Staatenordnung und der Persistenz globaler Rivalitäten eine hohe Bedeutung beimessen. Sie berücksichtigen unter anderem folgende Fragestellungen:

- Mit welchen Argumenten werden etablierte sozialwissenschaftliche Theorien der Globalisierung, der IB und IPÖ kritisiert, die auf einen tendenziellen Bedeutungsverlust des Staates bzw. der Staatenkonkurrenz rekurren?
- Welches sind die zentralen theorieinternen Argumente, die eine Beschäftigung mit der Rolle des internationalen Staatensystems als unabdingbar erscheinen lassen?
- Inwieweit müssen über die Analyse staatlicher Akteure hinaus weitere intergesellschaftliche Beziehungen (etwa wirtschaftliche Verflechtungen oder sozio-kulturelle bzw. normative Dimensionen) thematisiert werden, um eine hinreichende Untersuchung globaler Rivalitäten gewährleisten zu können?
- Welche relevanten theorieinternen Lücken existieren und/oder welche theorieinternen Ausdifferenzierungen dienen einer Weiterentwicklung sowohl der theoretischen Grundlagen als auch der Möglichkeiten zur empirischen Beobachtung bzw. Prognosefähigkeit?

<sup>27</sup> Brand 2006; Brand/Görg/Wissen 2007; Chorev/Babb 2009.

<sup>28</sup> ten Brink 2008a, 2008b: S. 242–282.

Den Einstieg bildet der Beitrag von *Carlo Masala*. Er zeigt, dass ein Sammelband, der zur Erklärung zwischenstaatlicher Rivalitäten beitragen möchte, auf den Einbezug der international vorherrschenden Theorie des (Neo-)Realismus schwerlich verzichten kann: Ein detaillierter Blick auf diese Tradition mit ihrem Augenmerk auf die Instabilität des internationalen Systems offenbart nützlichere Einsichten, als eine in Deutschland nicht unübliche, einseitige Kritik am Realismus suggeriert. Masala präsentiert divergierende „Neorealismen“, die zwar bei den „Urtheorien“ etwa eines Hans W. Morgenthau gewisse Anleihen nehmen, doch vor allem eine Weiterentwicklung derjenigen historischen Entwicklungen anstreben, die mithilfe der Theorieklassiker nicht oder nur unzureichend erklärbar sind. Unterschiedliche Positionen sowohl hinsichtlich der Konfliktentstehung im internationalen System als auch der Möglichkeiten der Konfliktbegrenzung werden am Beispiel des Verhältnisses zwischen den USA und China demonstriert.

Nachdem Masala den theoretischen Kernbestand des Realismus und zentrale Aussagen von Morgenthau referiert, stellt er eine Debatte zwischen „defensiven“ und „offensiven“ Neorealisten vor, die sich im Anschluss an die Arbeiten von Kenneth Waltz entzündet hat. Im Unterschied zu offensiven Realisten erschließen defensive Realisten eine Reihe von Potentialen im internationalen System, die eine Eskalation zwischenstaatlicher Konkurrenz in Kriege vermeiden helfen. Darüber hinaus werden einige „vergessene Realisten“ eingeführt, die zu einem Verständnis insbesondere von Machtübergängen im internationalen System beitragen: Der unter anderem von A.F.K. Organski begründete „power transition“-Ansatz expliziert, dass hegemoniale Staaten aufstrebende Mächte durch eine Reform der globalen Regulierungsinstitutionen unter Vermeidung von kriegerischen Konflikten integrieren können, wenn die aufstrebende Macht ihren internationalen Status als legitim erachtet. Robert Gilpin verweist ferner auf die Herausforderung der Konsolidierung der Machtressourcen hegemonialer Staaten, um einem, mit heftigen Konflikten einhergehenden Machtverlust vorzubeugen. In seiner Darstellung verdeutlicht Masala, dass insbesondere vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden Konflikte zwischen den USA und China eine Auseinandersetzung mit diesen Erklärungsansätzen geboten ist.

Im Anschluss an diesen Beitrag erläutert *Lothar Brock*, dass es auch und gerade zum Verständnis der „Staatenschaft“ darum gehen muss, Prozesse globaler Strukturbildung mitzudenken, d.h. staatenzentrierte Ansätze zu überwinden. Um einseitige Verallgemeinerungen zu vermeiden, legt Brock – die Globalisierungsdebatte kritisch nachzeichnend und anknüpfend an die Englische Schule (u.a. Hedley Bull), die Stanford School (u.a. John Meyer) und eigene Vorarbeiten in der Forschungsgruppe Weltgesellschaft – ein differenziertes Analyseschema vor, das die gleichzeitig verlaufenden Prozesse der Verstaatlichung und Entstaatlichung erfassen soll. Das zwischenstaatliche „internationale System“, die „internationale“ Gesellschaft und die „Weltgesellschaft“ werden nicht als alternative Ordnungsmuster verstanden, sondern repräsentieren „koexistierende Logiken der staatenübergreifenden Politik, denen je spezifische Standards angemessenen Verhaltens entsprechen“. Staaten versuchen insofern weiter, ihre Handlungskapazitäten durch Selbsthilfe auszuweiten, sie sind aber zugleich in ein System der Selbstbin-

derung (Verträge und Regeln der internationalen Gesellschaft) und einer verfassungsähnlichen Regulierung weiterer sozialer Beziehungen in der Weltgesellschaft eingebunden. Im Unterschied zu optimistischen Prognosen läuft dieser komplexe Prozess nicht automatisch auf eine Harmonisierung internationaler Beziehungen hinaus, wenngleich der fortschreitende Globalisierungsprozess eine Konzentration auch dominanter Staaten auf die nationalstaatliche Selbsthilfe tendenziell erschwert.

Um das Wechselverhältnis von Staatenordnung und Weltgesellschaft konkret zu veranschaulichen, bezieht sich Brock auf die jüngsten Protestbewegungen im arabischen Raum. An der Haltung westlicher Staaten gegenüber dem Problem des Schutzes von Menschen in Konflikten lässt sich nicht nur die Logik der Selbsthilfe nachweisen, d.h. die Irritation der offiziellen Politik aufgrund des Verschwindens verlässlicher Bündnispartner in Fragen der Nahost-, Anti-Terror- oder Energiepolitik. Die auffallend vorsichtige Linie selbst der US-Administration ist Brock zufolge zugleich Ausdruck der Logiken der Selbstbindung und der Konstitutionalisierung, die es dem Westen versagten, die eigenen strategischen Interessen über das Anliegen der Massenbewegungen im arabischen Raum zu stellen.

*Wolfgang Knöbl* verschafft in seinem Text wertvolle Einblicke in die Historische Soziologie. Diese in den deutschen IB/IPÖ kaum präsente soziologische Denkschule zielt wie Theorien der Internationalen Beziehungen auch auf die Analyse von Staat, global-historischen Entwicklungen und die Rolle des Militärischen. Dabei versucht sie in systematischer Weise das für die Nachkriegssoziologie so kennzeichnende endogene bzw. binnenzentrierte Gesellschaftsmodell zu überwinden und internationalen Faktoren Rechnung zu tragen.

Wie Knöbl an den Überlegungen des renommierten historischen Soziologen Michael Mann belegt, hat dieser ein beachtliches Instrumentarium zur Untersuchung des modernen Staatensystems vorgelegt. Es beruht auf der Analyse von vier Hauptquellen sozialer Macht. Mann unterscheidet ideologische, ökonomische, militärische und politische Machtgeflechte, die als Ausgangspunkte der Untersuchung zwischenstaatlicher bzw. intergesellschaftlicher Konfliktdynamiken dienen – und ebenso Fragen der Rückwirkungen letzterer auf innergesellschaftliche Kräftekonstellationen sowie der konstitutiven Rolle von „Makrogewalt“ in der Geschichte beantworten können. Wie Knöbl herausarbeitet, betont Mann im Unterschied zu realistischen Ansätzen, die staatliches Handeln aus der Logik der an sich schon bestehenden Anarchie des Staatensystems ableiten, nicht lediglich eine höhere Bedeutung innergesellschaftlicher Faktoren auf das staatliche Handeln, sondern auch gewisse Freiheitsgrade bzw. Handlungsoptionen von (starken) Staaten, ohne dass hiermit eine besondere Rationalität der Akteure einhergeht: Die von vielen Machtquellen und -prozessen geformte, „polymorphe“ Struktur des modernen Staates befördert unentwegt nicht-antizipierbare Wirkungen, die eine hochgradig fragmentierte Welt zur Folge haben. Weil sich Klassen (und Parteien) in vergleichsweise geringem Ausmaß transnational organisieren und sich vorwiegend am nationalen Rahmen orientieren, zeigen sich diese häufig gegenüber nationalistischen „Versuchungen“ zugänglich. Auch die Kontrollmöglichkeiten demokratischer Regierungen gegenüber dem Handeln des Militärs bleiben begrenzt,

so Mann. In der Globalisierungsdebatte setzt sich Mann von der These des Bedeutungsverlusts des Staates ab. Weder der Verweis auf Souveränitätsveränderungen (durch supranationale Ebenen etwa) noch der Trend zum „failed state“ könnten dies hinreichend belegen. Die Entwicklung zur Europäischen Union verkörpert ferner einen Sonderfall, keine Blaupause für weitere supranationale Regulierungen und sie bleibt zudem ein prekäres Gebilde, wie Knöbl abschließend festhält.

Während die Historische Soziologie als neo- bzw. post-weberianisch bezeichnet werden kann, stellt *Bernd Belina* Perspektiven vor, die an der Marxschen Theorietradition anknüpfen. Er nimmt den Leser mit auf eine Reise durch die Welt der Kritischen Geographie und ihrer intensiven Beschäftigung mit dem „Raum“. Unter Rückgriff auf sozialwissenschaftliche Theorien, auf Marx und die Kritische Theorie argumentiert Belina, dass Räume sozial produziert werden. Raumordnungen und verschiedenen Raumformen (wie etwa das Staatsterritorium) existieren nicht „an sich“, als außerhalb des Sozialen stehende, physikalische Größen. Bezogen auf die Raumform des Staatsterritoriums legt er da, dass nicht einfach von der Grundgegebenheit dieser räumlichen Form auszugehen ist, sondern die gesellschaftlichen Verhältnisse, innerhalb derer sich des Mittels der Territorialisierung bedient wird, berücksichtigt werden müssen.

Dass dem Staatsterritorium – und damit der Staatlichkeit, dem Staatensystem und der Staatenkonkurrenz – eine herausragende Bedeutung zukommt, hat mit den Herrschaftsformen der Moderne zu tun, die eine stumme Anerkennung der Staatssouveränität bzw. einen „Raumfetischismus“ befördern. Die Globalisierung hat diesen Tatbestand nicht aufgelöst, weshalb Sozialwissenschaftlern nicht einfach ein methodologischer Nationalismus unterstellt werden sollte, wenn diese sich der territorialen Form des Staates forschungsstrategisch zuwenden. Belina führt daraufhin eine Reihe kritischer Geographen ein, die die Relevanz der territorialen Form des Staates als Mittel und Resultat gesellschaftspolitischer Prozesse bewerten (u.a. John Agnew). Als hochinteressant werden ebenso die Arbeiten von David Harvey und Neil Smith beurteilt, die die geopolitischen und geökonomischen Strategien von Staaten als Moment des globalen Kapitalismus fassen und dies unter Einbezug der krisenhaften Dynamik der Kapitalakkumulation untersuchen. Ihnen zufolge verschränken sich auf globaler Ebene zwei Konkurrenzlogiken – territoriale und kapitalistische Machtlogiken – in einer Weise, die Gewaltpolitiken bzw. einen „neuen Imperialismus“ begünstigen. In einem Fazit benennt Belina Anknüpfungspunkte an neuere staats-theoretische Debatten, um Defiziten der Kritischen Geographie entgegenzuwirken.

In eine weitere Tradition gesellschaftskritischer Untersuchungen internationaler Phänomene in den IB bzw. der IPÖ führt *Laura Horn* ein. Sie stellt die Bedeutung des Neogramscianismus für die Untersuchung hegemonialer Kämpfe im internationalen Staatensystem heraus. Einleitend werden zentrale neogramscianische Konzepte bei Robert W. Cox und Stephen Gill referiert, die die Konflikthaftigkeit des Weltsystems in einen handlungstheoretischen Zusammenhang stellen, die Geschichte der internationalen Beziehungen in hegemoniale und nicht-hegemoniale Weltordnungen gliedern, und hegemoniale, auf einem relativen Konsens basierende Ordnungen über staatszentrierte Erklärungen hinaus als kom-

plexe Vermittlungen sozialer, ökonomischer und politischer Dimensionen fassen. Ein erweiterter Staatsbegriff dient diesem Unterfangen.

Bislang war der Fokus des Neogramscianismus in Anbetracht der US-amerikanischen Nachkriegshegemonie, die in den 1990ern von einer transnational-neoliberalen Hegemonie abgelöst wurde, auf die Herstellung von Konsens gerichtet. Neuere internationale Entwicklungen stellen diese Herangehensweise in Frage. Auf der Grundlage einer Kritik neogramscianischer Positionen – beispielsweise einer Elitenfixierung, die den Machteliten eine unverhältnismäßig große Handlungsfreiheit zuschreibt und den Eindruck der Bildung eines homogenen transnationalen Klassensubjekts hinterlässt – und in Anknüpfung an neue Debatten sowie theorieinterne Weiterentwicklungen legt Horn dar, wie der Neogramscianismus der Herausforderung der Analyse stärker konfliktförmiger, hegemonialer Kämpfe gerecht werden kann. Neo-marxistische Einsichten und neo-poulantzianische Staatstheorien befördern ihr zufolge einen modifizierten Neogramscianismus. Es kommt dabei darauf an, hegemoniale Projekte nicht auf die Interessen von Staatsapparaten oder Unternehmen zu reduzieren, sondern ihre Artikulation auf dem Feld des „erweiterten“ Staates zu untersuchen. Erst eine umfassende Analyse gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse kann zur Erklärung der Veränderung von geopolitischen Strategien beitragen. In dieser Weise sollten außerdem Perspektiven der Emanzipation und der Bildung gegenhegemonialer Projekte untersucht werden.

Im *zweiten*, vorwiegend empirisch orientierten Teil des Sammelbandes werden relevante Konfliktfelder des internationalen Systems im frühen 21. Jahrhundert beleuchtet. Dabei knüpfen die AutorInnen an einzelnen, im ersten Teil des Buches vorgestellten theoretischen Instrumentarien an, beziehen aber auch andere Perspektiven und Theorietraditionen mit ein.

Die Folgewirkungen des globalen Einbruchs 2008/2009 auf das internationale Staatensystem thematisiert *Stefan Schmalz*. Dabei verkoppelt er – unter Rückgriff auf David Harvey, Giovanni Arrighi und Susan Strange – zwei für gewöhnlich getrennt voneinander diskutierte Prozesse: Die weltweite Krise ist dem zufolge sowohl das Resultat einer langsamen Kräfteverschiebung im kapitalistischen Weltsystem bzw. einer schwindenden US-amerikanischen Macht als auch ein Katalysator für sich weiter verändernde Kräfteverhältnisse in den internationalen Beziehungen.

Wie Schmalz in einem historischen Rückblick veranschaulicht, fand auch die Weltwirtschaftskrise ab 1929 vor dem Hintergrund geopolitischer Verschiebungen statt. Das Ende der britischen Vorherrschaft eröffnete damals eine Phase konkurrierender Machtprojekte, die im Zuge der großen Krise der 1930er und der Radikalisierung nationaler Gesellschaften über die Bildung von Währungsblöcken bis in den Weltkrieg eskalierte. In den letzten Jahrzehnten hat erneut eine signifikante Machtverschiebung – diesmal vor allem in Richtung Ostasien – stattgefunden, die ein Ende der US-Hegemonie bereits länger wahrscheinlich werden ließ. Die hiermit einhergehenden wirtschaftlichen Ungleichgewichte waren ein wesentlicher Auslöser der neuen Weltwirtschaftskrise. Die Krise hat sich dabei ungleich ausgewirkt, so Schmalz. Während die alten Zentren des Kapitalismus mit heftigen

Einbrüchen zu kämpfen hatten und haben, waren die Auswirkungen in vielen Schwellenländern weniger einschneidend. Insbesondere China steht stärker als jemals zuvor da. In welche Richtungen können die hiermit zum Ausdruck kommenden Machtverschiebungen treiben? Schmalz verzichtet darauf, vorschnell zu enge Parallelen zur Wirtschaftskrise der 1930er und ihren dramatischen Effekten zu ziehen. Zugleich betrachtet er eine harmonische, alle Wirtschaftszentren gleichermaßen betreffende positive Entwicklung als ebenso wenig wahrscheinlich. Im Gegenteil nimmt Schmalz Anzeichen ernst, die darauf hindeuten, dass soziale Polarisierungen in eine politische Radikalisierung münden und nationale Krisenlösungsstrategien bzw. Wettbewerbspolitiken einen „chaotischen Protektionismus“ zur Folge haben. Wie diesem Trend entgegenzutreten ist, etwa in Form wirksamer globaler Regulierungen, stellt sich als äußerst schwer zu realisierende Aufgabe dar.

Jenseits einer Stilisierung des neuen amerikanischen Präsidenten widmet *Ralf Roloff* der Außenpolitik der Obama-Administration sein Augenmerk. Diese zielt, nach dem Ende der „unipolaren Illusion“ unter Bush, auf eine Wiederherstellung und Erneuerung der amerikanischen Führungsrolle in der Welt. Roloff belegt dabei, dass die Ausrichtung der Außenpolitik maßgeblich durch innenpolitische Faktoren, die Interessen der amerikanischen Wirtschaft und eine ausgeprägte öffentliche Debattenkultur bestimmt wird. Zusätzlich identifiziert er außenpolitische Traditionslinien, die über Parteigrenzen hinaus seit langem die US-Außenpolitik beeinflussen. Mit dem Ziel der Aufrechterhaltung der weltweiten Führungsrolle und dem liberalen amerikanischen Sendungsbewusstsein einer „wohlmeinenden Weltmacht“ benennt er zwei tradierte Merkmale, die in die außenpolitischen Leitlinien der Obama-Administration Eingang gefunden haben.

Nachdem die „Bush-Revolution“ einen Bruch mit der einstigen Weltordnungspolitik der USA verkörperte, setzt Obama mehr als sein Vorgänger auf die multilaterale Absprache. Eine regelrechte Restauration – auf verschiedenen politischen Feldern und gegenüber unterschiedlichen Staaten sowie Bündnissen – ist in Gang gesetzt worden, um die Flurschäden der Ära Bush zu beseitigen. Um die globale Führungsfähigkeit der Vereinigten Staaten wieder zu errichten, sucht die Obama-Regierung nach einem abgestimmten Mischverhältnis zwischen harter und weicher Machtausübung („smart power“). In Anlehnung an ältere liberal-realistische Traditionen ragen dabei die Bemühungen heraus, eine Art neues „Konzert der Mächte“ aufzubauen, geführt von den USA. Ob diese Ziele erreicht werden, steht allerdings auf einem anderen Blatt Papier, wie Roloff diagnostiziert. Es kann nicht als sicher gelten, dass in einer zunehmend multipolaren, „postamerikanischen Welt“ andere Machtpole weiterhin bereit sein werden, sich von Amerika führen zu lassen.

Um letztere Frage in Ansätzen zu beantworten, untersucht *Tobias ten Brink* den Aufstieg der Volksrepublik China und die neuen Kräfteverhältnisse in Ostasien. Auf der Grundlage kapitalismus- und staatstheoretischer Überlegungen bewertet er den chinesischen Machtzuwachs als einen Prozess, der regionale Kräftekonstellationen und abgesteckte Interessenssphären anderer Großmächte in Frage

stellt, obgleich die aufholende chinesische Volkswirtschaft erhebliche Abhängigkeiten gegenüber den „alten“ Zentren des globalen Kapitalismus aufweist.

Dabei illustriert er Eigentümlichkeiten des ostasiatischen Verflechtungsraums und der in ihm stattfindenden Regionalisierungsprozesse, in denen die Volksrepublik seit einigen Jahren eine führende Rolle übernommen hat. Hieraus resultiert jedoch keine hegemoniale Führung Chinas. Die konkurrierenden Führungsansprüche des aufstrebenden Reichs der Mitte und eines geschwächten, aber weiterhin starken (und eng mit den USA kooperierenden) Japans verhindern dies. Während auf der ostasiatischen Ebene eine Form der Regionalisierung zu beobachten ist, die auf ökonomischer Ebene Zusammenarbeit fördert und trotz der Dominanz Chinas auch auf geopolitischer Ebene Konflikte erst einmal eingedämmt hat, scheint diese im Unterschied zur Entstehungsgeschichte der europäischen Integration zu einem Einflussverlust der USA zu führen. Es besteht aus diesem Grund eine gewisse Wahrscheinlichkeit, dass der neue Status Chinas in der Region mittelfristig eine Zunahme ökonomischer und geopolitischer Auseinandersetzungen zur Folge hat. Aufgrund ihrer wechselseitigen Abhängigkeiten tendieren die außenpolitischen Strategien Chinas und der USA gegenwärtig nicht in Richtung einer zwischenstaatlichen Konfrontation. Allerdings müssen ebenso die nicht-intendierten Effekte der ostasiatischen Regionalisierung unter Führung Chinas beachtet werden, die auf Kosten der historischen Dominanz der USA in Ostasien gehen und längerfristig amerikanische Gegenreaktionen, aber auch chinesische Großmachtambitionen befördern können.

*Jens Wissel* setzt sich in seinem Beitrag mit den weltpolitischen Ambitionen der EU auseinander. Vor dem Hintergrund wachsender politischer und sozialer Fragmentierungen auf internationaler Ebene und der Marginalisierung ganzer Regionen existieren relevante Kräfte innerhalb EU-Europas, die ein „Second Empire“ begründen wollen, ein neues Machtzentrum mit einem weltpolitischen Geltungsanspruch. Wie Wissel unter Bezugnahme auf die materialistische Staatstheorie (u.a. Nicos Poulantzas, Bob Jessop, Joachim Hirsch) fundiert, drohen diese Ambitionen jedoch an der Wirklichkeit eines fragmentierten Europas zu scheitern.

Mehrere Jahrzehnte der wirtschaftlichen Integration, die von sicherheitspolitischen Integrationsbemühungen begleitet waren, haben die „vereinigten Staatsapparate von Europa“ zu einem dynamischen Staatsprojekt geformt. Allerdings bleibt dieses – als Eliteprojekt, welches über ein nur geringes Maß an staatlicher Autonomie verfügt – von den Konkurrenzen der Nationalstaaten bzw. der unterschiedlichen räumlichen Bezugsebenen untereinander durchzogen. Dass die EU einen höheren Fragmentierungsgrad als funktionsfähige Nationalstaaten aufweist, wird an zwei Beispielen illustriert: Zwar hat sich, erstens, mit dem Euro eine Währung herausgebildet, die potentiell eine Konkurrenz für den US-Dollar als Weltleitwährung repräsentiert. Indessen hat die Krise des Euro im Jahr 2010 jedoch Schwächen der Gemeinschaftswährung offenbart, die unter anderem auf einer mangelnden wirtschaftspolitischen Koordination beruhen. Zudem behindert, zweitens, eine unvollständige Integration auf der Ebene der Europäischen Außen- und Militärpolitik die Heraufkunft signifikanter gesamteuropäischer Machtprojektionen. Es findet etwa eine Parallelentwicklung von militärischen Fähigkeiten und

Kapazitäten der nationalen Militärapparate statt, die sich nicht einfach ergänzen. Ungeklärt ist ferner das Verhältnis zur NATO, was in unterschiedlichen Positionen der stärksten EU-Mitgliedsländer einen Ausdruck findet. Alles in allem bleibt der europäische Weg zur Großmacht hinter den selbstgesteckten Zielen zurück. Dies beunruhigt Wissel jedoch nicht, da er auf Grundlage einer Kritik am Konzept der europäischen „Friedensmacht“ und des „humanitären Militarismus“ befürchten muss, dass ein aus dem Schlaf gerissener EU-Riese kaum zur Etablierung leibhaftiger friedenspolitischer Maßnahmen beitragen wird.

Aus einem anderen Blickwinkel begründet *Anna Geis* abschließend, weshalb das Staatensystem auch dann nicht zwingend auf eine größere Friedfertigkeit zu steuert, wenn im internationalen System vorwiegend liberal-demokratisch verfassten Staaten handeln. Das auf Kant zurückgehende Forschungsprogramm zum „demokratischen Frieden“ – welches eine Friedfertigkeit bürgerlicher Individuen unterstellt, eine Schwerfälligkeit demokratischer Institutionen annimmt, die die exekutive Macht beschränken, und das von einer Externalisierung innerstaatlicher Normen und Verhaltensmuster ausgeht – weist eine Reihe von Unzulänglichkeiten auf, die in einem Fortschrittsoptimismus und einem allzu positiven Selbstbild der konsolidierten westlichen Demokratien gipfeln.

Da Demokratien in etwa so häufig in kriegerische Auseinandersetzungen verwickelt sind wie Nichtdemokratien, nimmt Geis einige innergesellschaftliche Voraussetzungen der Interventionsneigung westlicher Demokratien in den Blick. Der „Krieg gegen den Terror“ dient dabei einleitend als extremes Beispiel für die spezifischen Bedrohungskonstruktionen, die bei der Legitimation militärischer Gewaltanwendung behilflich sind. Dass eine Reihe von Anreizen zu Differenzkonstruktionen auch in anderen liberal-demokratisch verfassten Gesellschaften entstehen können, wird auf drei Ebenen behandelt: Erstens stellt Geis auf Grundlage staatsrechtlicher Einsichten dar, wie die unter Druck geratene innere Souveränität westlicher Demokratien von der Exekutive im Feld der Sicherheitspolitik zu konterkarieren gesucht wird und dass eine Stärkung des Sicherheitsstaates zugleich auf Bedrohungskonstruktionen angewiesen ist. Zweitens werden demokratietheoretische Gründe dafür angeführt, weshalb der Druck zur Formierung imaginerter politischer (Gemeinschafts-)Identitäten und damit Beweggründe für starke Konstruktionen eines „Anderen“ bestehen. Anknüpfend an die Soziologie der Moderne (u.a. Zygmunt Bauman und Claus Offe) werden, drittens, dem liberalen „Traum von der gewaltfreien Moderne“ (Hans Joas) entgegenlaufende Tendenzen (u.a. Entzivilisierungsprozesse und die widersprüchlichen Folgen der kapitalistischen Globalisierung) erörtert. Die Ambivalenz der Moderne unterstreicht die Geis'sche Skepsis gegenüber dem Zivilisierungspotenzial entwickelter westlicher Demokratien: Erst eine Stärkung der Fähigkeiten zur „Selbstkritik und Selbstdistanzierung“ westlicher Demokratien kann diesem Trend zuwiderlaufen.

Dieser Sammelband dokumentiert eine kontroverse und offene interdisziplinäre Debatte. Dabei geht es nicht zuletzt um eine Neubestimmung der Grundlagen zeitgenössischer Gesellschaftstheorie zur Untersuchung des inter- und transnationalen Systems. Selbstverständlich wird dies hier nicht erschöpfend geleistet. Eine

Reihe weiterer theoretischer Perspektiven und noch mehr empirische Fragestellungen wären hinzuzufügen. Es bleibt dennoch zu hoffen, dass die Beiträge die notwendige Diskussion über eine Welt, die vor allem anderen eine Weltunordnung verkörpert, zumindest ein kleines Stück weit voranbringen.

## LITERATUR

- Albrow, Martin*, 1998: Abschied vom Nationalstaat. Staat und Gesellschaft im Globalen Zeitalter, Frankfurt a.M.
- Altvater, Elmar*, 2007: Konkurrenz für das Empire. Die Zukunft der Europäischen Union in der globalisierten Welt, Münster.
- Arrighi, Giovanni*, 2008: Adam Smith in Beijing. Die Genealogie des 21. Jahrhunderts, Hamburg.
- Beck, Ulrich*, 2003: Pax Americana, Pax Europeana, in: Speck, Ulrich/Sznaider, Natan (Hg.): Empire Amerika. Perspektiven einer neuen Weltordnung, München, S. 219–239.
- Beck, Ulrich*, 2004: Der kosmopolitische Blick oder: Krieg ist Frieden, Frankfurt a.M.
- Beck, Ulrich*, 2007: Weltrisikogesellschaft. Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit, Frankfurt a.M.
- Bieling, Hans-Jürgen*, 2007: Internationale Politische Ökonomie. Eine Einführung, Wiesbaden.
- Block, Fred*, 1994: The Roles of the State in the Economy, in: Smelser, Neil/Swedberg, Richard (Hg.): Handbook of Economic Sociology, Princeton, NJ, S. 691–710.
- Boris, Dieter/Schmalz, Stefan*, 2009: Eine Krise des Übergangs: Machtverschiebungen in der Weltwirtschaft, in: Prokla 157, S. 625–643.
- Brand, Ulrich*, 2006: Die politische Form der Globalisierung. Politische Institutionen und soziale Kräfte im internationalisierten Staat, Habilitationsschrift, Universität Kassel.
- Brand, Ulrich/Görg, Christoph/Wissen, Markus*, 2007: Verdichtungen zweiter Ordnung. Die Internationalisierung des Staates aus neo-poulantzianischer Perspektive, in: Prokla 147, S. 217–234.
- Brenner, Robert*, 2006: The Economics of Global Turbulence. The Advanced Capitalist Economies from Long Boom to Long Downturn, 1945–2005, London.
- Brock, Lothar*, 2006: Kriege der Demokratien. Eine Variante des Demokratischen Friedens, in: Geis, Anna (Hg.): Den Krieg überdenken. Kriegsbegriffe und Kriegstheorien in der Kontroverse, Baden-Baden, S. 203–228.
- Brock, Lothar*, 2007: Zauberlehrlinge, oder: Die List der (Un-)Vernunft in den internationalen Beziehungen, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 14, H. 1, S. 165–174.
- Brunkhorst, Hauke*, 2010: Neustart – Kritische Theorie Internationaler Beziehungen, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 17, H. 2, S. 293–315.
- Callinicos, Alex*, 2009: Imperialism and Global Political Economy, Cambridge.
- Chibber, Vivek*, 2004: The Return of Imperialism to Social Science, in: Archives de Européennes de Sociologie - The European Journal of Sociology 45, H. 3, S. 427–441.
- Chorev, Nitsan/Babb, Sarah*, 2009: The crisis of neoliberalism and the future of international institutions: A comparison of the IMF and the WTO, in: Theory and Society 38, H. 5, S. 459–484.
- Coates, David* (Hg.), 2005: Varieties of Capitalism, Varieties of Approaches, Basingstoke.
- Colás, Alejandro*, 2005: Imperious civility: violence and the dilemmas of global civil society, in: Contemporary Politics 11, H. 2-3, S. 179–188.
- Cox, Robert W./Schechter, Michael G.*, 2002: The Political Economy of a Plural World, London.
- Deutschmann, Christoph*, 2008: Kapitalistische Dynamik. Eine gesellschaftstheoretische Perspektive, Wiesbaden.
- Dieter, Heribert*, 2005: Die Zukunft der Globalisierung. Zwischen Krise und Neugestaltung, Baden-Baden.

- Geis, Anna* (Hg.), 2006: Den Krieg überdenken. Kriegsbegriffe und Kriegstheorien in der Kontroverse, Baden-Baden.
- Glyn, Andrew*, 2006: *Capitalism Unleashed: Finance, Globalization and Welfare*, Oxford.
- Grieco, Joseph M./Ikenberry, John G.*, 2003: *State Power and World Markets. The International Political Economy*, New York, NY.
- Gritsch, Maria*, 2005: The Nation-State and Economic Globalization: Soft Geo-Politics and Increased State Autonomy?, in: *Review of International Political Economy* 12, H. 1, S. 1–25.
- Hall, John A./Schroeder, Ralph* (Hg.), 2006: *An Anatomy of Power. The Social Theory of Michael Mann*, Cambridge.
- Hardt, Michael/Negri, Antonio*, 2002: *Empire – Die neue Weltordnung*, Frankfurt a.M.
- Harvey, David*, 2005: *Der neue Imperialismus*, Hamburg.
- Harvey, David*, 2010: *The Enigma of Capital: And the Crises of Capitalism*, London.
- Held, David/McGrew, Anthony* (Hg.), 2002: *Governing Globalization. Power, Authority and Global Governance*, Cambridge.
- Hirsch, Joachim*, 2005: *Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems*, Hamburg.
- Hobden, Stephen/Hobson, John M.* (Hg.), 2002: *Historical Sociology of International Relations*, Cambridge.
- Hobson, John M./Sharman, J.C.*, 2005: The Enduring Place of Hierarchy in World Politics: Tracing the Social Logics of Hierarchy and Political Change, in: *European Journal of International Relations* 11, H. 1, S. 63–98.
- Hung, Ho-fung* (Hg.), 2009: *China and the Transformation of Global Capitalism*, Baltimore.
- Imbusch, Peter*, 2005: *Moderne und Gewalt. Zivilisationstheoretische Perspektiven auf das 20. Jahrhundert*, Wiesbaden.
- Jessop, Bob*, 2007: *State Power. A Strategic-Relational Approach*, Cambridge.
- Joas, Hans/Wolfgang Knöbl*, 2008: *Kriegsverdrängung. Ein Problem in der Geschichte der Sozialtheorie*, Frankfurt a.M.
- Kohler-Koch, Beate* (Hg.), 1998: *Regieren in entgrenzten Räumen*, PVS Sonderheft 29, Opladen.
- Langhammer, Rolf J.* 2009: Die Finanzkrise als Herausforderung für die internationale Ordnung, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 16, H. 2, S. 355–361.
- Layne, Christopher*, 2006: *The Peace of Illusions: American Grand Strategy from 1940 to the Present*, Ithaca, NY.
- Mackert, Jürgen*, 2006: *Ohnmächtiger Staat? Über die sozialen Mechanismen staatlichen Handelns*, Wiesbaden.
- Mann, Michael*, 1997: Hat die Globalisierung den Siegeszug des Nationalstaates beendet?, in: *Prokla* 106, S. 113–141.
- Mann, Michael*, 1998: *Geschichte der Macht. Dritter Band. Teil I: Die Entstehung von Klassen und Nationalstaaten*, Frankfurt a.M.
- Mann, Michael*, 2003: *Die ohnmächtige Supermacht. Warum die USA nicht die Welt regieren können*, Frankfurt a.M.
- Mearsheimer, John J.*, 2003: *The Tragedy of Great Power Politics*, New York, NY.
- Meyer, John W./Boli, John/Thomas, George M./Ramirez, Francisco O.*, 1997: World Society and the Nation State, in: *American Journal of Sociology* 103, H. 1, S. 144–181.
- Möller, Kolja*, 2011: Die Logik einer kapitalistischen Welt? Die Transformation der Sicherheitsarchitektur in der Perspektive der kritischen internationalen politischen Ökonomie, in: *Fischer-Lescano, Andreas/Mayer, Peter* (Hg.): *Die Transformation von Recht und Politik globaler Sicherheit. Entwicklungstendenzen und Interpretationen*, Frankfurt a.M., i.E.
- Müller, Harald*, 2006: Liberaler Kosmopolitismus: Eine partikularistische Emanation mit Unverträglichkeiten und Nebenwirkungen, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 14, H. 1, S. 239–245.
- Müller, Harald*, 2009: Staatlichkeit ohne Staat – ein Irrtum aus der europäischen Provinz? Limitierende Bedingungen von Global Governance in einer fragmentierten Welt, in: *Deitelhoff, Ni-*

- cole/Steffek, Jens (Hg.): Was bleibt vom Staat? Demokratie, Recht und Verfassung im globalen Zeitalter, Frankfurt a.M., S. 221–258.
- Offe, Claus, 1996: Moderne „Barbarei“, in: Miller, Max/Soeffner, Hans-Georg (Hg.): Modernität und Barbarei, Frankfurt a.M., S. 258–289.
- Ohmae, Kenichi, 1995: The End of the Nation State, New York, NY.
- Overbeek, Henk, 2009: Rivalität und ungleiche Entwicklung. Einführung in die internationale Politik aus der Sicht der Internationalen Politischen Ökonomie, Wiesbaden.
- Panitch, Leo/Gindin, Sam, 2004: Globaler Kapitalismus und amerikanisches Imperium, Hamburg.
- Rosecrance, Richard, 2001: Das globale Dorf. New Economy und das Ende des Nationalstaats, Düsseldorf.
- Rosenberg, Justin 2005: Globalization Theory: a Post Mortem, in: International Politics 42, H. 1, S. 2–74.
- Schimank, Uwe 2009: „Vater Staat“: ein vorhersehbares Comeback. Staatsverständnis und Staats-tätigkeit in der Moderne, in: Der moderne Staat 2, H. 2, S. 249–270.
- Schumpeter, Joseph A., 1953: Zur Soziologie der Imperialismen, Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Band 46, in: Ders.: Aufsätze zur Soziologie, Tübingen. S. 72–146.
- Schweitzer, Christine/Aust, Björn/Schlotter, Peter (Hg.), 2004: Demokratien im Krieg, Baden-Baden.
- Senghaas, Dieter, 1995: Frieden als Zivilisierungsprojekt, in: Ders. (Hg.): Den Frieden denken. Si vis pacem, para pacem, Frankfurt a.M., S. 196–223.
- Smith, Neil, 2005: The Endgame of Globalization. New York.
- Strange, Susan, 1996: The Retreat of the State: The Diffusion of Power in the World Economy, Cambridge.
- Streeck, Wolfgang, 2010: E Pluribus Unum? Varieties and Commonalities of Capitalism, in: MPIfG Discussion Paper 12/2010, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln.
- ten Brink, Tobias, 2008a: Geopolitik. Geschichte und Gegenwart kapitalistischer Staatenkonkurrenz, Münster.
- ten Brink, Tobias, 2008b: Staatenkonflikte. Zur Analyse von Geopolitik und Imperialismus – ein Überblick, Stuttgart.
- van der Pijl, Kees, 2006: Global Rivalries from the Cold War to Iraq, London.
- van Scherpenberg, Jens, 2009: Finanzkapital, Finanzkrise und internationale Staatenkonkurrenz, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 16, H. 2, S. 325–337.
- Wendt, Alexander, 2003: Why a World State is Inevitable, in: European Journal of International Relations 9, H. 4, S. 491–542.
- Wissel, Jens/Wöhl, Stefanie (Hg.): 2008: Staatstheorie vor neuen Herausforderungen. Analyse und Kritik, Münster.
- Wolf, Reinhard, 2004: Macht und Recht in der ZIB, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 11, H. 2, S. 313–320.
- Zürn, Michael, 2002: Zu den Merkmalen postnationaler Politik, in: Jachtenfuchs, Markus/Knodt, Michèle (Hg.): Regieren in internationalen Institutionen, Opladen, S. 215–234.
- Zürn, Michael, 2003: Die Entwicklung der Internationalen Beziehungen im deutschsprachigen Raum nach 1989, in: Hellmann, Gunther/Wolf, Klaus Dieter/Zürn, Michael (Hg.): Die neuen Internationalen Beziehungen – Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland, Baden-Baden, S. 21–46.
- Zürn, Michael/Zangl, Bernhard, 2003: Frieden und Krieg. Sicherheit in der nationalen und postnationalen Konstellation, Frankfurt a.M.